

Hallo liebe Mitdemonstranten und Demonstrantinnen,

Ab dem 17. September 1991 griffen Neonazis in Hoyerswerda ein Haus, welches von Vertragsarbeitern aus Mosambik und Vietnam bewohnt wurde an. Während die Nazis das Haus mit Steinen und Molotovcocktails bewarfen, schauten die AnwohnerInnen tatenlos zu oder klatschten Beifall. Die Polizei hielt sich zurück.

Am 20. September wurden die Vertragsarbeiter per Bus nach Frankfurt am Main und Berlin transportiert und von dort aus abgeschoben.

Von dem erfolgreichen Angriff berauscht, griff der rassistische Mob aus Nazis und sogenannten normalen Bürgern das Flüchtlingswohnheim in Hoyerswerda mit Steinen und Molotovcocktails an. Mehrere Flüchtlinge wurden verprügelt. Die Polizei hielt sich erneut im Hintergrund. Einen Tag später wurden die Flüchtlinge aus Hoyerswerda evakuiert. Die Nazis feierten ihren Erfolg und deklarierten Hoyerswerda – in Analogie zum NS Begriff Judenfrei – zur ersten Ausländerfreien Stadt Deutschlands.

Am 22. August 1992 versammelte sich ein Mob von ca. 2000 Neonazis und rassistische AnwohnerInnen vor der Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock Lichtenhagen. Sie griffen das Haus mit Steinen und Molotovcocktails an und skandieren "Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!". Die anwesende Polizei war nicht in der Lage das Haus zu schützen und zog sich zurück. Am 23. August gelang es einer Gruppe Autonomer Antifaschist_innen die Nazis kurzzeitig zu verjagen, kurz darauf wurde die ganze Gruppe von der Polizei festgenommen.

Am 24. August wurde die Zentrale Aufnahmestelle evakuiert. Der Mob griff nun das neben der ZAST liegenden Haus der vietnamesischen Vertragsarbeiter an. Mit Baseballschläger bewaffnete RassistInnen stürmten unter lauten "wir kriegen euch alle" Rufen das Haus und legten einen Brand. Den EinwohnerInnen des Hauses gelang in letzter Minute über das Dach die Flucht aus dem brennenden Gebäude. Der rassistische Mob hatte wieder gesiegt.

Die Pogrome von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mannheim-Schönau dienten SPD, CDU, CSU und FDP als Vorwand für die faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl. Der deutsche, rassistische Mob hatte sich durchsetzen können: Die Zahl von Asylanträgen nimmt seitdem kontinuierlich ab. Der Staat als größter rassistischer Akteur setzte und setzt die mörderische Forderung der Nazis: "Ausländer Raus" mit seinen menschenverachtenden Asylgesetzen und seinem System aus euphemistisch als "Ausreisezentren" betitelten Abschiebeknästen, Sammellagern, Essenmarken, Residenzpflicht und vor allem Abschiebungen Tag für Tag praktisch um. Flankiert wird dies mit nationalistischen Diskursen über deutsche Leitkultur und fremden

angeblich nicht integrationsfähigen anderen Kulturkreisen, rassistischen Thesen eines Sarrazin und einer wieder aufflammenden das Boot ist voll Rhetorik. Die mediale Hetze die den rassistischen Pogromen Anfang der 90er Jahre vorausging ausblendend oder gerade an diese anschließend, redet Innenminister Friedrich wieder vom angeblichen "Asylmissbrauch" der Roma Flüchtlinge. Auf Zustimmung kann Friedrich dabei bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung hoffen. Laut der Langzeitstudie deutsche Zustände stimmen doch rund die Hälfte der Deutschen der Aussage "Es leben in Deutschland zu viele Ausländer zu". Fast jeder 3te Deutsche findet „dass "wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken."

Auch an der blutigen Mordserie der Nazi-Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" zeigte sich zum wiederholten Mal der rassistische Konsens in Deutschland. Anstatt das offensichtlichste – Morde mit rassistischem Tatmotiv – in Betracht zu ziehen, suchte Polizei und Medien die MörderInnen im so bezeichneten "kriminellen Migrantenmilieu". Aber auch wir als autonome Antifaschist_innen müssen uns fragen lassen, warum wir nicht auf die Angehörigen gehört haben, warum wir den Berichten der Ermittlungsbehörden blind vertraut haben, obwohl wir es doch eigentlich besser wissen müssten.

Der Rassismus egal ob von Nazis, "Demokraten" oder von staatlicher Seite entspringt der bürgerlichen Gesellschaft. Die in ihrer ökonomischen Existenz stets latent bedrohten Individuen suchen nach legitimierenden Grundlagen und finden sie unter anderem in Vorstellungen vorgesellschaftlicher Gemeinschaften von Nation und Rasse. Diese vermeintlichen Schicksalsgemeinschaften bieten Halt und Wärme in einer unberechenbaren und feindlichen Welt der permanenten Bedrohungslagen. In diesen Gemeinschaften – so die Vorstellung – stehen sich die Menschen nicht mehr im kapitalistischen Verwertungszusammenhang gegenüber, sondern in partnerschaftlicher Eintracht. Die Identifikation mit der vorgestellten, eigenen Schutzgemeinschaft funktioniert allerdings nur in Abgrenzung zu den vorgestellten „Anderen“. Auf diese „Anderen“ werden Eigenschaften projiziert, die den eigenen Ängsten und Entsagungen entsprechen. In der Diffamierung der „Anderen“ als minderwertig zeichnet sich die eigene Angst ab, selbst einmal im kapitalistischen Wettbewerb den Anforderungen nicht zu entsprechen und sich deshalb außerhalb des konstruierten Kollektivs zu sehen.

Solche Vorstellungen wirken der ökonomischen Rationalität des Staates als ideellem Gesamtkapitalisten nicht unbedingt entgegen. Je nach Konjunktur ist es für Staat und Kapital in unterschiedlichem Maße vorteilhaft, Einwanderer_innen als Arbeitskräfte anzuwerben oder abzuwehren. Einerseits hat der Staat ein Interesse daran, eine „industrielle Reservearmee“ zu unterhalten, die Druck auf die Beschäftigten ausübt und die Löhne niedrig hält. Andererseits ist aus

Sicht des Staates eine restriktive Grenzpolitik für die Interessen der nationalstaatlichen Kapitalverwaltung, die eine strikte Trennung von ökonomisch verwertbaren und unverwertbaren Menschen vorsieht, notwendig. Die grausamen Folgen dieser Politik sind vor allem an den südlichen Außengrenzen der Europäischen Union erkennbar, wo jährlich Tausende von Menschen beim Versuch der Einreise nach Europa sterben oder getötet werden.

Auch die rassistischen Ermittlungsverfahren der Polizei im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU sind keine Einzelfälle, sondern fester Bestandteil eines in sämtlichen Staatsapparaten verankerten institutionellen Rassismus. So werden in regelmäßigen Abständen Debatten über die sogenannte „Ausländerkriminalität“ angestrengt. In diesen Debatten wird Migrant_innen mittels „objektiver Statistiken“ unter Ausblendung sozialer Hintergründe eine höhere „kriminelle Energie“ angedichtet. Dabei werden einzelne Kriminalitätsbereiche bestimmten Gruppen von Migrant_innen zugeschrieben und somit ethnisiert. So sprechen Medien und Politiker_innen völlig selbstverständlich von „vietnamesischen Zigarettenschmugglern“, „polnischen Autodieben“ und „afrikanischen Dealern“. Dies ist ein Beispiel dafür, wie sich der demokratische Rassismus in seiner institutionellen Form reproduziert. Der institutionelle Rassismus der Staatsapparate verstärkt und legitimiert scheinbar den Rassismus aus der „Mitte der Gesellschaft“.

Aber mit solch einer Gesellschaft und solch einem Land, in dem Menschen in Polizeizellen verbrennen, weil sie nicht weiß sind, in dem Menschen von Rassist_innen totgeschlagen werden und deren Angehörige nur Hohn ernten, in einem Land, das Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen verrecken lässt und ihnen das Leben hierzulande zur Hölle macht, werden wir keinen Frieden schließen!

Deutschland? Nie wieder!